

Stellungnahme zum Änderungsantrag

AfD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/0622/1**

Verantwortlich: **Dez.**

Dienststelle: **SuS**

Vergabe der Lieferung von Mittagsverpflegung an neun Schulen für das Schuljahr 2021/2022 mit der Option auf Vertragsverlängerung

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	22.06.2021	10	x	

Kurzfassung

1. Die Erhöhung Anzahl der vegetarischen Tage wurde mit den einzelnen Schulen abgestimmt. Die Verwaltung orientiert sich dabei an den aktuellen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Die Reduzierung der Fleischmenge trägt zu den Forderungen des Gemeinderats nach mehr Nachhaltigkeit bei.
2. Der Einsatz von Fleisch aus ausschließlich biologischer Haltung würde zu einer Steigerung der Angebotspreise führen und stellt für die Caterer Beschaffungshürden dar.
3. Eine Verpflichtung zum Einsatz regionaler Waren würde dem Vergaberecht widersprechen und kann daher nicht umgesetzt werden.

Die Verwaltung empfiehlt, den Änderungsantrag abzulehnen und am bisherigen Konzept für gesunde und nachhaltige Schulverpflegung festzuhalten.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			

Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden

Ja

Nein Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:

Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)

Umschichtungen innerhalb des Dezernates

Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.

CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input checked="" type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Korridortheema: Grüne Stadt	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

1. Der Gemeinderat möge beschließen, die unter 4. in der Vorlage genannte Erhöhung der Verpflegungstage mit rein vegetarischem Angebot von zwei auf drei Tage abzulehnen.

Die Erhöhung der vegetarischen Tage wurde mit den einzelnen Schulen abgestimmt. Die Verwaltung orientiert sich dabei an den aktuellen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Alle Schulcaterer werden über das Leistungsverzeichnis verpflichtet, täglich zwei warme Hauptgerichte zur Auswahl anzubieten und sich dabei eng an die Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) zu halten. Die Anforderung, an zwei Tagen pro Woche ein vegetarisches Menü und ein Menü mit Fleisch oder Fisch und an den drei übrigen Tagen zwei komplett vegetarische Gerichte anzubieten, entspricht der aktuellen Empfehlung der DGE für eine gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen zur wöchentlichen Fleischmenge und den Forderungen des Gemeinderates nach mehr Nachhaltigkeit im Schulesen.

2. Der Gemeinderat möge beschließen, bei der Auswahl von Fleisch explizit auf artgerechte und biologische Haltung zu achten.

Bisher wurden den Caterern keine Vorgaben gemacht, mit welchen Lebensmitteln sie den aktuell vorgegebenen Bio-Anteil von 25 Prozent erfüllen müssen. Die Verwaltung hält dies auch künftig nicht für sinnvoll. Ergänzend wird auf die Stellungnahme zum Interfraktionellen Antrag Vorlage Nr. 2021/0390 verwiesen.

3. Der Gemeinderat möge beschließen, den Blick nicht so sehr auf landwirtschaftliche Bioprodukte zu legen, denn auch diese sind ökologisch nicht unproblematisch. Dafür ist die heimische Landwirtschaft zu unterstützen

Die vertraglich verpflichteten Caterer beziehen bereits viele Produkte aus der regionalen Landwirtschaft. Eine Verpflichtung zum Kauf regionaler Waren würde allerdings dem Vergaberecht widersprechen und kann daher nicht umgesetzt werden.

Die Verwaltung empfiehlt, den Änderungsantrag abzulehnen und am bisherigen Konzept für gesunde und nachhaltige Schulverpflegung festzuhalten.